

Auffassung so der Fall. Ich glaube, wir haben nicht Anlaß, uns, wie das manche tun, so ungeheuer in die Brust zu werfen, als ob uns niemand in der Welt draußen etwas sagen könnte. Ich hoffe, daß ja auch draußen in der Welt in der Kritik, die weit über das Ziel hinausschießt und manchmal hart ist, doch ein gewisses Verlangen nach Solidarität mit uns mitschwingt. Ich möchte an dieser Stelle meiner Dankbarkeit dafür Ausdruck geben, daß die Sprache des Ministerpräsidenten Eshkol von Israel und überhaupt die Sprache aus Israel und die Sprache polnischer Autoren die gemäßigtste in der ganzen Welt ist: aus einem sehr einfachen Grunde; weil das die beiden Völker sind, die am meisten gelitten haben. Wer am meisten gelitten hat, der zeigt in der Regel auch das meiste Verständnis, während die, die nicht gelitten haben, sich oft dem Verständnis verschließen . . . So richtig sonst der Gedanke ist, was hat ein Beschuldigter heute noch mit der Tat zu tun? müssen wir doch hier in der Perspektive bleiben. Ein Mann, der vor den Augen der Mutter einen Säugling an den Füßen nimmt und mit dem Kopf am nächsten Eisenpfahl zerschmettert — ein Mann, der 20 000, 30 000 Menschen füsilieren läßt oder das mitmacht — ein Mann, der dabei mitwirkt . . . da kann man nicht sagen: Was hat der Mann heute noch mit seiner Tat zu tun? Diese Taten sind allerdings keine Kriegsverbrechen . . . Das hat hiermit doch gar nichts zu tun. Wir haben ja keinen Krieg gegen jüdische Frauen, Schwangere, Kinder, Säuglinge, Greise und Männer geführt. Das hat mit Krieg gar nichts zu tun, das war eine eiskalt unter Einsatz der ganzen Staatsmaschinerie geplante, überlegte Mordaktion. Mit Kriegsverbrechen hat das gar nichts zu tun, darüber sollte sich doch das Haus einig sein . . .

. . . Die Verjährungsvorschriften bedeuten keinen Pakt des Staates mit dem Verbrecher. Sie bedeuten eine weise Selbstbeschränkung des Staates, der sich die Zurückhaltung einer Zeitgrenze auferlegt. Aber die Zeitgrenze, die hier in Betracht kommt, ist dabei keineswegs unmenschlich oder unrechtsstaatlich . . . Vielleicht führt diese uns alle so aufregende und aufwühlende Debatte auch dazu, daß jene Ereignisse, mit denen wir uns jetzt abquälen müssen, mehr noch in die Mitte unseres öffentlichen und unseres persönlichen Lebens gerückt werden. Es ist hier so etwas leichthin gesagt worden, das alles kehre doch nicht wieder. Niemand kann in der Geschichte für irgendein Volk die Hand ins Feuer legen, daß Massaker nicht wieder vorkommen . . .

Ich muß hier etwas zur Sprache bringen, was mir peinlich ist, aber ich halte es für meine Pflicht. Wir können schon aus dem Grunde leider Gottes nicht sagen, das alles wiederhole sich nicht, weil hier bei uns in Deutschland Zeitungsblättchen erscheinen wie z. B. die „Nationalzeitung“, bei der aus jeder Zeile der giftigste Antisemitismus schwitzt. Wenn dieses Blatt erscheint und die unverschämte freche Überschrift „Erpreßt in alle Ewigkeit“ hat, womit also das Verhältnis von Israel zu uns gemeint ist, wenn es seinen Artikel über den „Juden Ludwig Rosenberg“ — wie es schreibt — bringt, dann ist das genau die Sprache, die wir Älteren aus der Weimarer Zeit kennen . . . was in der „Nationalzeitung“ steht, das ist die Sprache der potentiellen Mörder von morgen¹.

. . . Einig sind wir uns darüber, daß es keine *Kollektivschuld* gibt . . . Schuld gibt es nur persönlich. Es gibt darum keine Kollektivschuld des deutschen Volkes . . . Weshalb ich diese Distinktion nicht mitmache, hat folgenden Grund: weil es

Schuld nicht nur als kriminelle Schuld gibt. Es gibt auch geschichtliche und moralische Schuld . . . Deshalb komme ich jetzt zu meinem ganz persönlichen Bekenntnis, das ich Ihnen sage: Ich weiß mich mit in der Schuld . . . Ich kann nicht sagen, daß ich genug getan hätte. Ich weiß nicht, wer das von sich sagen will. Aber das verpflichtet uns, das ist ein Erbe . . . Um das Erbe müssen wir allerdings wissen.

Den jungen Leuten soll gesagt sein: Ein Volk lebt doch nicht punktuell, es lebt doch als Geschlechterfolge, und man kann doch nicht sagen: Ich war noch nicht geboren, dieses Erbe geht mich gar nichts an.

Was haben wir zu tun? Wir haben nicht nur daran zu denken, daß der Gerechtigkeit wegen, auf die wir uns berufen, die überführten Mörder abgeurteilt werden sollen, sondern wir haben auch den Opfern Recht zuteil werden zu lassen schon allein durch den richterlichen Ausspruch, daß das hier ein Mord war. Schon dieser Ausspruch ist ein Tropfen, ein winziger Tropfen Gerechtigkeit, der doch zu erwarten ist zur Ehre aller derer, die in unbekannten Massengräbern draußen in der Welt liegen. Nicht daß wir jüngstes Gericht spielen wollen; das steht uns nicht zu. Nicht daß es hier eine iustitia triumphans gäbe! Es geht darum, eine sehr schwere und im Augenblick leider noch ganz unpopuläre Last und Bürde auf uns zu nehmen. Es geht darum, daß wir dem Gebirge an Schuld und Unheil, das hinter uns liegt, nicht den Rücken kehren, sondern daß wir uns als das zusammenfinden, was wir sein sollen: kleine demütige Kärner, Kärner der Gerechtigkeit, nicht mehr.

15/7 Zum Entschädigungs-„Schlußgesetz“

Aus der Debatte im Bundestag über die Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes¹

Wir bringen dazu den im Tel Aviver „Mitteilungsblatt“ der „Olej Merkaz Europa“ (XXXIII/24) vom 11. 6. 1965 erschienenen Auszug (leicht ergänzt):

In der Debatte über die Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes, die am 26. Mai 1965 im Deutschen Bundestag stattfand und mit der Annahme des Gesetzes endete, begründete der Bundesminister der Finanzen Dr. *Dahlgrün*, den vorliegenden Entwurf. Er schloß seine Rede mit folgenden Bemerkungen:

„Zwanzig Jahre sind seit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus vergangen. Das deutsche Volk hat in einem bewundernswerten Aufstieg aus Not und tiefstem Elend, aus Haß und Verachtung heute wieder einen geachteten Platz in der Völkerfamilie. Vergessen wir niemals, daß dafür das Erkennen unserer Schuld und die Bereitschaft, diese nach Menschenkräften wiedergutzumachen, entscheidend waren. Es sind falsche Propheten und Verführer schlimmster Sorte, die dem Volk einreden wollen, die Anerkennung einer vorhandenen Schuld und die Bereitschaft zur Wiedergutmachung sei würdelos, schädige das deutsche Ansehen und gehen gegen die Ehre, mag geschehen sein, was will. Außerdem sollten wir über Mark und Pfennig, so wichtig sie selbstverständlich sind, niemals vergessen, daß wir heute hier nur den finanziellen Schlußpunkt setzen. *Die notwendige Wiedergutmachung des Herzens ist längst nicht beendet*“ [Hervorgehoben durch Red. FR].

In der Debatte sprach u. a. für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der Abgeordnete Martin *Hirsch*, der als Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses maßgeblich am Zustandekommen des Gesetzes beteiligt war. Einleitend meinte der Abgeordnete:

„Der Herr Bundespräsident hat in seiner *Rede in Bergen-Belsen am 25. April* (1965) gesagt, nur dann könne aus der Vergangenheit eine bessere Zukunft hervorgehen, wenn

¹ Nach der Rede von Dr. Arndt erklärte der Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier: Herr Kollege Arndt, ich möchte Ihnen den Dank des Hauses dafür aussprechen, daß Sie den Mut gehabt haben, eine Unrat in diesem Haus präzise beim Namen zu nennen und etwas, was uns in diesem Abschnitt der deutschen Entwicklung zur Unehre gereicht, in diesem Haus so anzugreifen, wie sich das für einen freiheitsliebenden und rechtschaffenen Abgeordneten gehört. — Das bezieht sich auf die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Arndt über eine deutsche Zeitung, die hier mit Namen genannt worden ist. [s. a. a. O.]

Gemäß der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 23. 3. 1965 hat die Staatsanwaltschaft I in München „mehrere Ermittlungsverfahren“ gegen die rechtsextreme „Deutsche-National-Zeitung“ und „Soldaten-Zeitung“ eingeleitet.

¹ Die am 9. 7. 1965 stattgefundene Plenarsitzung des Bundesrats hat der Novelle zum BEG zugestimmt. *Die Bildung des Fonds von 1,2 Mrd. DM für die Befriedigung der Forderungen aller NS-Opfer, die erst nach 1953 aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang nach Israel oder in den Westen gewandert waren und ihre Ansprüche erst dann anzumelden vermochten, gilt als sichergestellt.*

wir uns offenhalten für das einzige Heilmittel, nämlich für das Wirken der Gnade. Er fuhr dann fort — ich darf das, mit Genehmigung der Herrn Präsidenten, wegen der Bedeutung dieser Worte wörtlich zitieren: Dieser Gnade können wir aber durch unser persönliches Verhalten und durch die Art, wie unser Volk an den großen Menschheitsaufgaben unserer Zeit mitwirkt, den Boden bereiten. *Als erstes gilt es, den Schaden wiedergutzumachen allen denen gegenüber, die Unrecht erdulden mußten. Diese Bereitschaft erstreckt sich auf alle Betroffenen, gleichviel welcher Nation sie angehören mögen* [Hervorgehoben durch Red. FR].

Sie umschließt insbesondere die jüdischen Mitbürger, die in unserer Mitte leben, ihre Glaubensgenossen im Ausland und auch den Teil des Judentums, der sich im Staate Israel als Volk vereinigt hat. So unser Bundespräsident. — Das Gesetz läßt selbstverständlich manche Hoffnung unerfüllt. Es hat weiterhin Lücken. Es ist nicht der letzte Stein der Weisen. Das kann es nicht sein. Aber es löst die wesentlichen Probleme und es löst sie so, daß wir uns mit dieser Novelle sehen lassen können.

Ich freue mich, feststellen zu können, daß dieses Gesetz, das wir heute zu verabschieden haben, im Kern und im ganzen gesehen dieser Forderung des Herrn Bundespräsidenten entspricht.“

Auch der Präsident des Bundestages, Dr. *Gerstenmaier*, ergriff im Namen seiner Fraktion, der CDU/CSU, das Wort und führte u. a. folgendes aus:

„Das Verfehlteste, was passieren könnte, wäre doch, daraus nun den Schluß zu ziehen: Also tun wir gar nichts, lassen wir es halt schleifen, lassen wir es so, wie es war! Nein, was hier geschehen ist und in der Vorlage, über die wir bald abstimmen werden, vor uns steht, ist der Versuch, obwohl wir wissen, daß es keine perfekte Lösung ist und keine perfekte Lösung gibt, großzügig das Beste zu machen in einer Gesinnung, die auch derjenige respektieren muß, der mit der Einzellösung und Einzelleistung immer noch nicht ganz einverstanden ist. Wer ein fair und gerechtdenkender Mensch ist, muß respektieren, daß hier ein großes Parlament den Versuch gemacht hat, in einer sowohl gesinnungsmäßig als auch technisch anständigen Weise — ich selber bin als ein kritischer Betrachter dieser Sache davon überzeugt: in einer anständigen und großzügigen Weise — mit dem Problem fertig zu werden.

Deshalb bin ich dankbar für den Ton, den der Kollege *Hirsch* am Schluß seiner Ausführungen gefunden hat. Als Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses hat er in ganz besonderer Weise die Last dieser Problematik getragen, zusammen mit den Kollegen, die heute morgen hier gesprochen haben, Kollegen aus allen Fraktionen, die sich lange und mühsam mit den Dingen herumgeschlagen haben. . . . Worum geht es hier? Es handelt sich nicht darum, eine in jeder Hinsicht perfekte Leistung zu erbringen, sondern hier geht es darum, daß dieses Haus einen Strich zieht, und zwar so, daß man sagen kann, das ist eine patriotische Leistung in dem Sinne, daß sie dem gerecht wird, was uns Deutsche die Humanität in dieser Sache gebietet. Es ist eine patriotische Leistung, weil sie großzügig das in sich verbindet, was Deutschland der Humanität und damit seiner Ehre schuldig ist.“

15/8 Haß überwinden, Vertrauen wecken!

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland anläßlich des 20. Jahrestages zum Kriegsende 1945¹

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat mit den Stimmen seiner Mitglieder in beiden Teilen Deutschlands anläßlich der 20. Wiederkehr des Kriegsendes vom Jahre 1945 die folgende Erklärung beschlossen, die während der Gedenkfeier für den vor 20 Jahren ermordeten Theologen

Dietrich Bonhoeffer¹ am 9. April 1965 in Ost- und West-Berlin erstmals öffentlich verlesen wurde:

„Vor zwanzig Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Damit zerbrach die nationalsozialistische Herrschaft, die diesen Krieg ausgelöst und in viele fremde Länder getragen hatte, bis sich zuletzt seine volle Zerstörungsgewalt gegen das deutsche Volk selbst kehrte.

Die Evangelische Kirche in Deutschland ruft unser Volk dazu auf, diese Ereignisse in Besinnung und Verantwortung vor Gott zu bedenken. Als Glieder der Kirche Jesu Christi nehmen wir wieder auf, was der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland 1945 vor Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen in Stuttgart erklärte. Wir bekennen erneut, daß wir an dem schweren Unglück, das über unser Volk und andere Völker gekommen ist, mitschuldig sind.

Das Ende des Krieges machte uns frei von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Zugleich war die militärische Kapitulation am 8. Mai 1945 das bisher letzte Datum einer gemeinsamen deutschen Geschichte. Unserem Volk wurde die Möglichkeit eines neuen Anfangs gegeben, aber dieser stand unter der harten Last der politischen Spaltung Deutschlands.

Das Bekenntnis der Schuld stellt uns vor die Frage, wie wir diesen neuen Anfang genutzt und wie wir uns in den letzten zwei Jahrzehnten verhalten haben.

Haben wir das uns neu geschenkte Leben dazu gebraucht, uns in der Kirche unter dem Evangelium zu sammeln, oder sind wir wieder zur Gottlosigkeit abgefallen, als neue Versuchungen und Belastungen über uns kamen? Haben wir uns, wo es nötig war, für Menschlichkeit eingesetzt? Haben wir als einzelne und als Gemeinden Zuflucht und Trost geboten für die Menschen, denen dieser Krieg tiefe und bis heute nicht verheilte Wunden geschlagen hat?

Haben wir wirklich eingesehen, daß unsere so schmerzliche Zerrissenheit ihre Ursache in den Irrwegen hat, die wir zuvor gegangen sind? Haben wir uns ernstlich bemüht, das anderen Völkern und Rassen von uns angetane Unrecht, soweit das überhaupt noch möglich ist, wiedergutzumachen? Oder sind wir der Versuchung erlegen, Unrecht gegen Unrecht aufzurechnen, und stehen wir damit in der Gefahr, einer neuen nationalistischen Überheblichkeit zu verfallen?

Haben wir die Wurzeln jener Haltung, durch die die Herrschaft des Unrechts in Deutschland möglich wurde, ausgerissen: den Opportunismus und den Mangel an persönlichem Mut, den Antisemitismus, die Verachtung der Andersdenkenden, die ständige Neigung zu ideologischer Verhärtung, den Haß und die Verleumdung in jeder Gestalt?

Das Gedenken an das Ende des grauenvollen Krieges vor zwanzig Jahren soll uns daran erinnern, daß Gott nicht Krieg, sondern Frieden für die Völker und auch für unser Volk will. Wir Christen tragen Verantwortung dafür, daß sich unser Volk in seiner gegenwärtigen politischen Spaltung nicht in ein haßerfülltes Gegeneinander oder gleichgültiges Nebeneinander treiben läßt und damit die Gefahr des Unfriedens in der Welt weiter genährt wird.

Die Zeit der Zwangsherrschaft hat uns gelehrt, daß irdische Freiheit ein unveräußerliches Recht der Menschen und Völker ist. Wir wollen für die Freiheit eintreten, wo sie behindert wird. Sie darf niemandem vorenthalten werden, sie darf aber auch nicht selbstsüchtig mißbraucht werden.

Das Erbe der Vergangenheit liegt als Verpflichtung auf uns. Das gilt für die Älteren unter uns, die die Zeit vor 1945 noch bewußt miterlebten und die der nachfolgenden Generation Rede und Antwort stehen müssen. Es gilt auch für die Jüngeren unter uns, die erst danach herangewachsen sind und nun die Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft unseres Volkes übernehmen müssen.

An der Wand der Haftzelle des ermordeten Pfarrers Paul Schneider im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald steht das Apostelwort aus dem 2. Korintherbrief: „Lasset euch versöhnen mit Gott!“ Das Zeichen dieser Versöhnung ist über

¹ Mit freundlichem Einverständnis der Schriftleitung bringen wir diesen Beitrag aus der „Jungen Kirche“ (5/65), Dortmund, S. 274 f.

¹ Vgl. Begegnungen mit Dietrich Bonhoeffer. Ein Almanach, Hrsg. von Wolf-Dieter Zimmermann. München 1965. Christian Kaiser Verlag. 184 Seiten.